

Niederschrift  
der 02. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

Sitzungsdatum: Dienstag, den 07.10.2014  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende 17:10 Uhr  
Raum: Konferenzsaal Hansestadt Stralsund, Rathaus

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r

Frau Nicole Dibbern

Frau Ann Christin von Allwörden

Mitglieder

Frau Ute Bartel

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Friederike Fechner

Frau Brigitte Kraska-Röll

Frau Kathrin Ruhnke

Frau Margret Schüler

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Steffen Grieser

Frau Kathi Gutmuths

Herr Hans-Georg Heinrich

Frau Gisela Steinfurt

Herr Jörn Tuttlies

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 26.08.2014
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Zuwendungsvereinbarungen für freiwillige Leistungen der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0087/2014
- 3.2 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Hansestadt Stralsund für den Zeitraum 2015-2020  
Vorlage: B 0088/2014

- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 2014-V-02-1110 zur Einführung einer Ehrenamts-card  
Vorlage: ZU 0041/2014
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.  
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Hofmann geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 26.08.2014**

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 26.08.2014 wird ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

##### **zu 3.1 Zuwendungsvereinbarungen für freiwillige Leistungen der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0087/2014**

Frau Gutmuths gibt eine kurze Einleitung zu den Grundsätzen der Zuwendungsvereinbarungen.

Auf Nachfrage von Herrn Hofmann informiert Frau Gutmuths, dass die Entwürfe der Vereinbarungen nicht mit den Trägern abgestimmt sind.

Frau Ruhnke stellt folgende Anträge, die wortgleich auch im Ausschuss für Finanzen und Vergabe gestellt wurden:

1. Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:  
„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Oberbürgermeister die entsprechenden Vereinbarungen gemäß Anlage abzuschließen, sofern die Genehmigung der Kommunalaufsicht bzw. des Innenministeriums vorliegt.“

2. der § 2 der Grundsätze wird wie folgt ergänzt:  
„Die Zuwendung wird vorbehaltlich eines positiven Haushaltsbeschlusses zu diesen einzelnen Positionen durch die Bürgerschaft gewährt.“

Frau Gutsmuths macht deutlich, dass eine einzelne Verfügung von Sachkosten, Personalkosten sowie Mietkosten im Haushalt nicht möglich sei, da die Kosten nicht ermittelbar sind. Die Ausreichung der Mittel würde dann gestaffelt nach Personalkosten, Sachkosten und Mietkosten erfolgen.

Frau Kraska-Röll stellt fest, dass die in den Haushalt eingestellte Summe in den letzten Jahren konstant war. Die Verantwortung für freiwillige Leistungen liegt beim Landkreis. Die Hansestadt Stralsund hat einen defizitären Haushalt, daher sollte das Innenministerium seine Zustimmung zum Abschluss der Verträge geben.

Herr Hofmann lässt über die Änderungsanträge wie folgt abstimmen:

Abstimmung Antrag 1: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Abstimmung Antrag 2: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0087/2014 unter Berücksichtigung der Änderungsanträge zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

**zu 3.2 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Hansestadt Stralsund für den Zeitraum 2015-2020**  
**Vorlage: B 0088/2014**

Frau Bartel stellt für die SPD- Fraktion folgenden Antrag und erläutert ihn kurz.

Der Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur, Schule und Sport beschließt:

*Die Punkte "Überarbeitung der Musikschulgebührensatzung", s. S.16 der Vorlage und "Überarbeitung der Entgeltordnung für Sportstätten", s. S.17 der Vorlage werden ersatzlos gestrichen.*

Frau Kraska-Röll teilt mit, dass die Fraktion CDU/FDP Anträge zur Bürgerschaft erarbeitet, durch die zwar die Überarbeitungen der Vorlage erfolgen sollen, aber nicht in einem großen Ausmaß. Herr Hofmann teilt mit, dass auch die Fraktion BfS/AfD in der Erarbeitung von Anträgen ist.

Frau Bartel weist darauf hin, dass als Deckung die Senkung der Ausgaben für Sitzungsgelder/ Aufwandsentschädigung aufgezeigt ist.

Der Änderungsantrag der Fraktion SPD wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung: 3 Zustimmungen 6 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Hofmann bittet, die Vorlage der Bürgerschaft zur Beschlussfassung zu übergeben und eine endgültige Entscheidung dort vorzunehmen.

Frau Fechner schlägt vor, eine einkommensgestaffelte Erhöhung vorzunehmen.

Herr Heinrich macht deutlich, dass 85 T€ ein erheblicher Betrag sind, die im Haushaltssicherungskonzept fehlen. Die Hansestadt Stralsund möchte mit dem Innenministerium eine Konsolidierungsvereinbarung abschließen. Voraussetzung ist, in der Haushaltsdurchführung 2014 den Fehlbedarf abzubauen und ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen, welches perspektivisch einen ausgeglichenen Haushalt bewirkt. Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Altfehlbeträge von 13 Mio. € zu reduzieren.

Frau von Allwörden macht deutlich, dass die Zielstellung besteht, Deckungsquellen aufzuzeigen, um keine Mindereinnahmen zu bewirken.

Herr Hofmann stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0088/2014 entsprechend e) Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 2014-V-02-1110 zur Einführung einer Ehrenamtscard Vorlage: ZU 0041/2014**

Herr Fürst informiert, dass es grundsätzlich möglich ist, den Punkt „Ehrenamt“ in den Strela Pass mit aufzunehmen. Dafür ist ein Beschluss der Bürgerschaft notwendig. Der Strela Pass wurde wie folgt ausgegeben:

2012	-	135 Pässe mit 390 Personen
2013	-	152 Pässe mit 430 Personen
2014	-	140 Pässe mit 371 Personen (Stand 06.10.2014)

Bis zum Ende 2014 wird mit 190 Pässen und 500 Personen gerechnet.

Die Ausgabe eines Passes erfolgt immer für 1 Jahr und muss danach neu beantragt werden. Eine Übersicht über die Nutzung in Einrichtungen und Institutionen gibt es nicht, da keine extra Registrierung erfolgt.

Frau Bartel dankt für die Ausführungen und wird die Informationen in die Fraktion mitnehmen, um dort eine Entscheidung herbei zu führen.

Auf Nachfrage von Frau Dibbern macht Herr Fürst deutlich, dass eine Hochrechnung über mögliche Anspruchsberechtigte nach Aufnahme des Ehrenamtes nicht möglich sei.

Er weist weiter darauf hin, dass durch den erweiterten Personenkreis, die die Ermäßigung in Anspruch nehmen könnten, ein Einnahmeverlust der Einrichtungen entstehen könnte. Herr Hofmann merkt an, dass die Einnahmen auch steigen könnten, da mehr Leute die Einrichtungen besuchen würden, weil sie nur den ermäßigten Eintritt zahlen müssten.

Frau von Allwörden gibt zu bedenken, dass eine Definition des Ehrenamtes erfolgen sollte. Es ist fraglich, was unter Ehrenamt fällt und was z.B. Nachbarschaftshilfe ist.

Auf Nachfrage von Frau Dibbern macht Herr Hofmann deutlich, dass kein Vergleich mit der Hansestadt Rostock gezogen werden kann, da die Karte dort mit hohen finanziellen Ausgaben für die Stadt verbunden ist. Weiter macht er deutlich, dass die Zugangsvoraussetzungen enger definiert werden können, wenn die Nutzungszahlen zu hoch werden.

Herr Fürst zitiert die Zugangsdaten zur Ehrenamtscard in Rostock.

Herr Hofmann schlägt vor, der Verwaltung folgenden Auftrag zu übergeben:

Der Ausschuss beschließt, es dem Ehrenamt zu ermöglichen, den Strela Pass zu erwerben unter der Voraussetzung, dass das Einkommen durch das Ehrenamt jährlich nicht höher als 1.500,00 € ist.

Auf Nachfrage teilt Frau Guthsmuts mit, dass Kinder, solange sie Kindergeld beziehen, den Strela Pass beanspruchen können.

Herr Hofmann stellt folgenden Antrag:

Der Ausschuss beschließt, das Ehrenamt in die Zugangsvoraussetzungen des Strela Passes mit aufzunehmen. Die Höhe der enthaltenen Entschädigung für das Ehrenamt darf 1.500 € nicht übersteigen.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 4 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

## **zu 5        Verschiedenes**

Frau Dr. Carstensen informiert über eine Veranstaltung in der Musikschule in Stargard Szczecinski. Dort hat Herr Dr. Schleinert einen Vortrag zum Thema „Überlegungen zur Rekonstruktion der Stralsunder Gymnasialbibliothek“ gehalten. Sie schlägt vor, Herrn Dr. Schleinert einzuladen, mit der Bitte den Vortrag auch hier im Ausschuss zu halten. Herr Hofmann schlägt vor, dieses in den Arbeitsplan mit aufzunehmen.

Frau Bartel bittet das Thema „Information zur Leitung der Stadtbibliothek“ auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Frau Schüler erbittet Informationen zu den Einschulungszahlen 2014.

Herr Hofmann informiert über eine kleine Anfrage für die Bürgerschaftssitzung zum Thema „Stadionumbenennung“.

Er schlägt vor, folgenden Dringlichkeitsantrag in der Bürgerschaft zu stellen:

„Die Bürgerschaft beauftragt die Verwaltung, alle Wege und Bedingungen herzustellen um eine Umbenennung des Stadion von „Stadion der Freundschaft“ in „Primus Arena“ zu ermöglichen und vorzubereiten. Die Inhalte, die der Verein im Antrag vom April 2014 und in vielen Gesprächen mitgeteilt hat, sollten Berücksichtigung finden. Dazu ist es dringend notwendig, in den nächsten zwei Wochen den Verein FC Pommern und den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport zu zielorientieren und zu sachlichen Gesprächen einzuladen.“

Herr Grieser informiert dazu, dass derzeit Beratungen in der Verwaltung zu diesem Thema geführt werden. Es gibt rechtliche und steuerrechtliche Probleme, die es noch zu klären gilt. Herr Hofmann macht deutlich, dass es ein Gespräch geben muss, in dem mitgeteilt werden muss, was möglich wäre.

Unter den Mitgliedern besteht Einigkeit, dass Herr Hofmann den Dringlichkeitsantrag in die Bürgerschaft einbringen soll.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

## **zu 9        Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Maik Hofmann  
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt  
Protokollführung